

Die Krise der Demokratie und die Anti-AfD-Demos

Waltraud Meints-Stender

Kaum ein Begriff kennzeichnet die ersten zwanzig Jahre dieses Jahrhunderts besser als der der Krise. Die inflationär verwendete Rede von den „multiplen Krisen“ bringt zum Ausdruck, dass die westlichen Demokratien den Herausforderungen und Epiphänomenen, die mit der Globalisierung einher gehen, kaum gewachsen zu sein scheinen. Zu der krisenhaften Problemkonstellation gehören die wachsende soziale Ungleichheit im weltweiten Maßstab, die Energiekrise, Fragen der Klimagerechtigkeit, unkontrollierbar scheinende, ökologische Katastrophen, die weltweite Pandemie und Migrationsprozesse. Der imperialistische Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine und der grauenhafte Anschlag der antisemitischen Terrororganisation Hamas am 7. Oktober 2023 auf den Staat der Shoahüberlebenden haben die Krisensituation nicht nur verschärft, sondern auch den Tatbestand konkret vor Augen geführt, dass die Menschheit in einer globalisierten Welt lebt und somit Kriege und Krisen in anderen Regionen der Welt Konsequenzen haben, deren weltweite Folgen nur schwer absehbar sind. Vor dem Hintergrund dieser Ereignisse verwundert es nur bedingt, dass die Zahl der Demokratien weltweit abnimmt, die Anzahl der autoritären Regime hingegen zunimmt. Diese globale Tendenz zeigt sich in unterschiedlichen Ländern auf verschiedene Weise. Auch in Europa stellen regressive Phänomene wie Autoritarismus, Rassismus, Antisemitismus, Nationalismus, Xenophobie und Sexismus negative, exkludierende Antworten auf die Krisenphänomene dar, die an längst überwunden geglaubte Ideologien anknüpfen. Vor diesem Hintergrund möchte ich im Folgenden die These skizzieren, dass die zu Recht gefeierten Anti-AfD-Demonstrationen nur dann als „Sternstunde der Zivilgesellschaft“ (Dietz 2024), oder „Hoffnungsschimmer“ (Springfeld 2024) verstanden werden können, wenn sie die bestehende Demokratie nicht nur verteidigen, sondern für eine Demokratisierung der Demokratie eintreten und solidarische Transformationen



Prof. in Dr. in Waltraud Meints-Stender

Professur für Politik und Bildung, Hochschule Niederrhein

der Demokratie in der Praxis entfalten, die die veränderten Rahmenbedingungen globaler Gesellschaftsverhältnisse reflektieren. Denn in dem Erstarken rechtsextremer Bewegungen zeigen sich Entfremdungsprozesse, die die Demokratien nicht nur zu unterhöhlen, sondern zu zerstören drohen (Küpper/Zick 2024).

Entfremdungsprozesse

Dass die Krise der Demokratien von populistischen und extremistischen Gruppierungen genutzt wird, um demokratische Gesellschaften weiter zu destabilisieren, ist bekannt. In welchem Ausmaß die extrem rechten Gruppierungen und Parteien in Deutschland konkret an Maßnahmen zur „Bewältigung“ der Krisenphänomene arbeiten, wurde jüngst durch die von der Investigativplattform „Correctiv“ veröffentlichten Enthüllungen über ein Geheimgespräch von AfD-Funktionären, anderen Rechtsextremisten und finanzstarken Unternehmern im November 2023 in Potsdam deutlich. Dort wurden Deportationspläne nach rassistischen Kriterien vorgestellt, die Millionen von Menschen sowohl mit als auch ohne deutsche Staatsangehörigkeit betreffen würden. Die Empörung darüber war in der demokratischen Öffentlichkeit groß (Correctiv, Neue Rechte. Geheimplan gegen Deutschland). In den ersten Monaten des Jahres 2024 hat sich eine Protestbewegung gegen die Rechten in Deutschland formiert, die viele überrascht hat. Seit Jahrzehnten hatte es solche für die Demokratie einstehenden Demonstrationen mit mehr als 100.000 Teilnehmer:innen nicht mehr gegeben. Überraschend war auch, dass diese nicht nur zentral, sondern auch dezentral organisiert wurden. Augenfällig war, dass in Regionen, in denen die AfD nicht so stark ist, mehr Demonstrationen stattfanden als in Orten, wo sie stark verankert sind. Auffällig war auch, dass diese Demonstrationen alle Altersgruppen der Gesellschaft widerspiegeln. Einhellig wurden diese Demonstrationen gefeiert. Sie erschienen Demokratietheoretikern als Hoffnung gegen die vieldiagnostizierte Postdemokratie, nach denen zwar die Institutionen der Gesellschaft noch funktionierten, aber die Bürger:innen nicht mehr erreicht würden, die Politik nicht mehr unterstützt würde. Offenbar schien sich die Erkenntnis durchgesetzt zu haben, dass die AfD nicht, wie bis dahin häufig angenommen, eine rechtspopulistische Partei ist und ihre Anhänger:innen keine Protestwähler:innen sind, sondern dass die AfD im Kern nicht nur antidemokratisch, sondern rechtsextrem ist, Deutschland nicht als moderne Einwanderungsgesellschaft akzeptiert, sondern völkisch-nationalistisch transformieren will. Dass ein kulturalistisch versteckter Rassismus tatsächlich die Leitideologie dieser Partei bildet, zeigt bereits ihr Grundsatzprogramm von 2016:

„Die Ideologie des Multikulturalismus, die importierte kulturelle Strömungen auf geschichtsblinde Weise der einheimischen Kultur gleichstellt und deren Werte damit zutiefst relativiert, betrachtet die AfD als ernste Bedrohung für den sozialen Frieden und für den Fortbestand der Nation als kulturelle Einheit. Ihr gegenüber müssen der Staat und die Zivilgesellschaft die deutsche Identität als Leitkultur selbstbewusst verteidigen“ (AfD 2016, S. 47).

Im Wahlprogramm von 2021 werden diese Grundannahmen nicht nur bekräftigt, sondern verstärkt:

„Unsere Identität ist geprägt durch deutsche Sprache, unsere Werte, unsere Geschichte und unsere Kultur. Letztere sind eng verbunden mit dem Christentum, der Aufklärung, unseren künstlerischen und wissenschaftlichen Werken. Unsere Identität bestimmt die grundlegenden Werte, die von Generation zu Generation weitergegeben werden. Die deutsche Leitkultur beschreibt unseren Wertekonsens, der für unser Volk identitätsbildend ist und uns von anderen unterscheidet. Sie sorgt für den Zusammenhalt der Gesellschaft und ist Voraussetzung für das Funktionieren unseres Staates. Die gemeinschaftsstiftende Wirkung der deutschen Kultur ist Fundament unseres Grundgesetzes und kann nicht durch einen Verfassungspatriotismus ersetzt werden“ (AfD, S. 158).

Die AfD richtet sich also nicht nur gegen die liberale Demokratie, sondern explizit auch gegen die deliberative Demokratie im Sinne von Jürgen Habermas und der damit verknüpften Idee des „Verfassungspatriotismus“. Sie betont dagegen die „gemeinschaftsstiftende Wirkung der deutschen Kultur“ (ebd.). Um diese Politik zu verankern, nutzt die AfD demokratische Strukturen, um sie abzuschaffen. Die AfD insgesamt, aber insbesondere Björn Höcke und Alice Weidel verfolgen eine offensive rechtsextreme Politik und fordern eine erinnerungspolitische Wende um 180 Grad. Rechtsextremer Ideologie wird und soll eine parlamentarische Bühne zur Verfügung gestellt. Und es sind genau diese antidemokratischen Vorstellungen, geprägt von essentialistischen Vorstellungen von Identität, die in größeren Teilen der Bevölkerung das Bewusstsein herausgebildet haben, dass die scheinbar selbstverständlich existierenden Demokratien so selbstverständlich nicht mehr sind. Dass man also etwas für die Demokratie tun muss, damit sie weiterhin existiert: Dieses neue Bewusstsein für die Notwendigkeit demokratischen Engagement haben die Demonstrationen gegen die AfD Anfang des Jahres 2024 vor allem gezeigt. Ein nicht unerheblicher Teil der Bevölkerung in Deutschland scheint verstanden zu haben, dass „Demokratien ohne Demokraten“ keine sind, sondern dass Demokratien nicht nur als Regierungsformen, sondern immer auch als Lebensformen (Oskar Negt) verstanden werden müssen, wenn sie Bestand haben sollen.

Demokratie als Regierungs- und Lebensform

Was aber heißt es, dass Demokratien nicht nur Regierungsformen sind, sondern eine Lebensform implizieren? Im Kontext von Demokratietheorien hat vor allem Oskar Negt den Begriff der Lebensform im Sinne von John Dewey in die Diskussion gebracht. Demokratie als Lebensform soll umfassen, dass nicht nur die politischen Institutionen selbst demokratisch verfasst sind, sondern dass alle gesellschaftlichen Bereiche und Sphären auch demokratisch verfasst sein müssen, um die Demokratie als Regierungsform am Leben zu erhalten. D.h., wenn gesellschaftliche Bereiche, wie die der Ökonomie, des Gesundheits- und Bildungssystems, der Sicherheits- und Sozialbehörden usw., nicht den demokratischen Prinzipien entsprechen, können diese das politische System der Demokratie unterhöhlen, unterminieren oder gar zerstören.

In diesem Sinne formulierte Adorno:

„Da jedoch Politik keine in sich geschlossene, abgedichtete Sphäre ist, wie sie etwa in politischen Institutionen, Prozeduren und Verfahrensregeln sich manifestiert, sondern begriffen werden kann nur in ihrem Verhältnis zu dem Kräftespiel der Gesellschaft, das die Substanz alles Politischen ausmacht und das von politischen Oberflächenphänomenen verhüllt wird, so ist auch der Begriff der Kritik nicht auf den engeren politischen Bereich zu beschränken“ (Adorno 2003, S.785).

Genau darin liegt der Grund, warum die Anti-AfD-Demonstrationen, als „Sternstunde der Zivilgesellschaft“ (Dietz 2024) oder auch als „Hoffnungsschimmer“ (Springfeld 2024) gefeiert wurden. Zugleich wurden sie aber auch als rasch vorübergehende Episode interpretiert und als möglicherweise nicht langfristig wirksam etc. analysiert. In beiden Übertreibungen steckt etwas Richtiges. Evident ist, dass viele Bürger:innen nach den Enthüllungen von „Correctiv“ nicht nur aufgerüttelt waren, sondern auch die Notwendigkeit des Widerstands gegen die verfassungsfeindlichen Kräfte der extremen Rechten für wichtig erachteten. Viele versuchen bis heute ihre Aktivitäten zu verstetigen, wie – um nur ein Beispiel zu nennen – die besonders engagierten „Omas gegen rechts“. Wogegen und wofür sprachen sich nun die meisten Teilnehmerinnen aus? Auch hier ist das Bild nicht eindeutig: Geht es den Demonstranten allein um die Verteidigung der bestehenden Demokratie? Oder wenden sie sich auch gegen verkrustete, unlebendige, erstarrte Formen des Demokratischen? Stellen die Demonstrationen also auch eine Aufforderung an die Politik dar, ihre Formen zu reflektieren und gegebenenfalls zu verändern, z.B. nicht nur mehr Beteiligung zu ermöglichen, sondern die Zugangsvoraussetzung zur politischen Partizipation selbst zu thematisieren und zu verändern? Angesichts der einleitend genannten Herausforderungen für die Demokratie wäre Letzteres nicht nur wünschenswert, sondern notwendig.

Demokratieverständnisse und Partizipation

Verknüpft man die Analyse der Anti-AfD-Demonstrationen mit diesen aufgeworfenen Fragen, zeigt sich, dass es um Grundsätzliches gehen muss. Welche Form von Demokratie ist, angesichts der gesellschaftspolitischen Wirklichkeit der letzten Jahrzehnte, angemessen? Nicht nur die unterschiedlichen Formen von Demokratie gilt es zu reflektieren, auch neue demokratische Antworten gilt es zu finden, um den autoritären Versuchungen auf die gesellschaftlichen Herausforderungen begegnen zu können.

Ein besonderer Fokus liegt dabei auf dem Verhältnis von Demokratie und den Voraussetzungen und Bedingungen von Partizipation selbst. Es ist ein Gemeinplatz, dass verschiedene Formen der Demokratie mit unterschiedlichen Formen von Partizipation korrespondieren. Dennoch gilt es dies erneut zu reflektieren. Hierzu ist eine kritische Anmerkung zum Begriff der Partizipation selbst notwendig. Der Begriff der Partizipation hat die Eigenschaft eines Catch all-Begriffs, der erst durch eine Präzisierung und Kontextualisierung zu einem positiven oder negativen Begriff wird. Partizipation kann zu einer Regierungstechnologie werden, die in allen Kapillaren des gesellschaftspolitischen Systems verankert ist. Wenn also Aufforderungen

zur Partizipation an die Bürger:innen ergehen, so ist nicht selbstverständlich davon auszugehen, dass hier eine demokratische Teilhabe, ein gleichberechtigtes Miteinander, was auch sozialen Voraussetzungen gegenüber nicht blind ist, gemeint ist. Auch antidemokratische, nationalistische und rassistische Bewegungen und Parteien wollen partizipieren. Sie ersetzen jedoch den Begriff des Demos durch den des Ethnos.

Demokratische politische Systeme sind dadurch gekennzeichnet, dass in ihnen die Herrschaft des Volkes ausgeübt wird, um die Interessen und Bedürfnisse des Volkes zu regeln. Welche Formen von Partizipation damit aber verbunden sind, korrespondiert mit unterschiedlichen Formen von Demokratie. So hat z.B. Schumpeter (1950) ein elitenbasiertes Konzept der Demokratie vertreten, in der politische Partizipation auf Wahlbeteiligung reduziert wird. Er ging von einer Art „Arbeits- teilung“ zwischen Regierenden und Bürgern aus, bei der die Bürger:innen „respektieren und einsehen“ sollten, dass nach der Wahl der Eliten „die politische Sache“ die des Gewählten ist, und nicht mehr die des Bürgers (Schumpeter 1950, 468).

Der Sozialphilosoph Jürgen Habermas hat demgegenüber drei Demokratieverständnisse unterschieden: das liberale, das republikanische und das Konzept der „deliberativen Demokratie“, die sich alle u.a. hinsichtlich der Partizipation und d.h. hier des politischen Prozesses, der Willens- und Meinungsbildung unterscheiden (Habermas 1996, 277ff.). Das liberale Demokratieverständnis sieht die Funktion der politischen Willensbildung der Bürger:innen darin, die „Durchsetzung gesellschaftlicher Privatinteressen gegenüber einem Staatsapparat, der auf die administrative Verwendung politischer Macht für kollektive Ziele spezialisiert“ ist, durchzusetzen. Die Bürger:innen der liberalen Demokratie werden durch ihre subjektiven Rechte vom Staat geschützt und gleichzeitig fungieren ihre Bürgerrechte auch als Schutz gegen Interventionen des Staates. Sie verfolgen ihre Privatinteressen, die sie u.a. durch Wahlbeteiligung für bestimmte Parteien sichern möchten. Im Unterschied dazu, versteht das republikanische Modell der Demokratie die politische Willens- und Meinungsbildung nicht als die Verfolgung von Privatinteressen, sondern als „Beteiligung an einer gemeinsamen Praxis, durch deren Ausübung die Bürger:innen sich erst zu dem machen können, was sie sein wollen – zu politisch verantwortlichen Subjekten einer Gemeinschaft von Freien und Gleichen“ (Habermas 1996, 279). Legt die Willens- und Meinungsbildung innerhalb der liberalen Demokratie den Fokus auf die „Strukturen von Marktprozessen“, so liegt der Fokus bei republikanischen Demokratieverständnissen auf den „Strukturen einer verständigungsorientierten öffentlichen Kommunikation“ (Habermas 1996, 282). Habermas greift diesen Grundgedanken am republikanischen Meinungs- und Willensbildungsprozess auf, kritisiert jedoch, dass dieser zu sehr von den vorausgesetzten Tugenden der Bürger:innen abhängen. Ein „deliberatives“ Verständnis von Demokratie hingegen begreift den Staat nicht als „Hüter einer Wirtschaftsgesellschaft“, die „die Befriedigung der privaten Glückserwartungen produktiv tätiger Bürger“ gewährleistet, sondern plädiert für einen intersubjektiven Kommunikationsprozess, „eine mehr oder weniger rationale Meinungs- und Willensbildung“, durch die kommunikative Macht erzeugt wird. Sprache und Kommunikation bilden die Voraussetzung für das deliberative Demokratieverständnis, um menschliche Angelegenheiten gemeinsam zu regeln. Gründe müssen angegeben werden, das Gegenüber soll durch rationale Argumentationen überzeugt

werden und in diesem Austausch verständigen sich die Bürger:innen über die Ausrichtung des politischen Gemeinwesens. Aber auch diese Konzeption ist nicht unwidersprochen geblieben. So hat Chantal Mouffe (2010) dieses Verständnis radikaler Demokratie kritisiert: Habermas' Konzeption setze zu sehr auf den Konsens, der gesellschaftspolitische, unterschiedliche Interessen nicht berücksichtige. Der Konflikt würde machtpolitisch stillgestellt und dies führe zu einer Krise der Demokratie eigener Art. Vergewärtigt man sich diese verschiedenen Verständnisweisen von Demokratie: die liberale, die republikanische, die deliberative oder die radikale Demokratie, so korrespondieren ihnen jeweils spezifische Partizipationsvorstellungen. Die liberale Demokratie korrespondiert mit Konzeptionen der Wahlbeteiligung und des Eigeninteresses, während die republikanische Demokratieidee von einer Selbstbestimmungspraxis der Staatsbürger:innen durch kommunikative erzeugte Macht hervorbringt und legitimiert; die deliberative Demokratie knüpft an diesen Gedanken an, begrenzt diese Praxis jedoch nicht auf schon vorhandene Tugenden der Staatsbürger oder ethische Selbstverständigungsprozesse und sondern verknüpft gesellschaftspolitische Austauschprozesse durch Interessenausgleich und Kompromisse, in dem alle Bürger:innen ihre Argumente, Meinungen und Ansichten austauschen. Es entstehen so diverse Foren der Öffentlichkeit, die mit den politischen Institutionen in Austausch treten und sich dem besseren Argument im Diskurs anschließen. Der radikalen Demokratie wiederum liegt auch ein Konzept der gleichberechtigten Teilhabe und eines Selbstgestaltens zugrunde, dass jedoch Konflikte durch Machtkonstellationen in den Fokus rückt. Bei all diesen unterschiedlichen Demokratieverständnissen bleibt eine Ebene jedoch unausgeführt: Das Verhältnis der Demokratie als Regierungs- und Lebensform. Damit Demokratie nicht nur als Regierungsform, sondern auch als eine Lebensform entwickelt werden kann, bedarf es der Berücksichtigung der sozialen, der politischen und rechtlichen Voraussetzungen Aller, die u. a. durch die intersektionalen Ungleichheitsachsen bestimmt sind. Nicht alle haben die gleichen Voraussetzungen, um allgemein am politischen Leben einer modernen Gesellschaft teilzuhaben. Demokratie als Lebensform impliziert, dass es kritikfähige Bürger:innen gibt, die das, was in ihrem Namen geschieht, bestimmen und entscheiden. Das setzt aber auch voraus, dass demokratische Institutionen gegenüber gesellschaftlichen Veränderungen offen sein müssen, damit den Menschen diese Institutionen nicht als „fremde Macht“ gegenüberstehen (Jaeggi 2009, 543). Sie müssen in ihrem Selbstverständnis Lern- und Transformationsprozessen gegenüber offen sein (ebd.).

Für eine solidarische Transformation der Demokratie

Man kann die Anti-AfD-Proteste auch unter dem Aspekt politischer Bildungsprozesse betrachten, in denen sich demokratisches Bewusstsein wiederherstellt, aber auch transformiert. Mit ihm könnte eine politische Kultur der erweiterten Denkungsart (Benhabib 2013) praktiziert werden, in der die Menschen „ohne Angst verschieden sein“ (Adorno) können. Dies setzt aber ein gleichberechtigtes von „sehen und gesehen“ und „hören und gehört“ werden (Arendt 1957) der Beteiligten voraus,

das deren soziale, politische Voraussetzungen und Bedingungen mitberücksichtigt. Die „Kultur der erweiterten Denkungsart“ muss also vom Kopf auf die Füße gestellt werden, als eine Art „sensus communis materialis“ gedacht werden, damit der Erfahrungsaustausch der Beteiligten zu einer Wirklichkeit aus verschiedenen sozialen, kulturellen und historischen Perspektiven wird, um Fragen der sozialen Gerechtigkeit zu erörtern.

In dieser Form der politischen Praxis, die Andere im Denken und Handeln gleichberechtigt berücksichtigt, können soziale, politische und rechtliche Voraussetzungen identifiziert und erfasst werden, damit Demokratie als Lebensform geübt und erlernt werden kann (Dewey 1993 [1916]; Negt 2010), um eine kritische politische Partizipation auf allen Ebenen der Gesellschaft zu ermöglichen. Partizipation in diesem Sinne wäre eine Form von Kritik an gesellschaftspolitischen Zuständen, die die Menschen ihrer Würde berauben. Wenn die Anti-AfD-Demonstrationen einen Anstoß für eine solidarische Transformation der Demokratie in diese Richtung gegeben haben sollten, wären sie in der Tat eine „Sternstunde der Zivilgesellschaft“.

Literatur

- Adorno, Theodor, W. (2003,1951): *Kulturkritik und Gesellschaft II*, Gesammelte Schriften Bd. 10.2, Frankfurt/M.
- Alternative für Deutschland, 2016: https://www.afd.de/wp-content/uploads/2017/01/2016-06-27_afd-grundsatzprogramm_web-version.pdf, zuletzt abgerufen am 12.07.2024.
- Alternative für Deutschland, 2021: https://www.afd.de/wp-content/uploads/2021/06/20210611_AfD_Programm_2021.pdf, zuletzt abgerufen am 12.07.2024
- Arendt, Hannah (1957): *Fragwürdige Traditionsbestände im politischen Denken der Gegenwart*. Vier Essays. Frankfurt a. M. Europäische Verlagsanstalt.
- Benhabib, Seyla (2013): *Gleichheit und Differenz. Die Würde des Menschen und die Souveränitätsansprüche der Völker im Spiegel der politischen Moderne*, (Hrsg. von Volker Drehsen), Tübingen
- Cremer, Hendrik (2024): *Je länger wir schweigen, desto mehr Mut werden wir brauchen. Wie gefährlich die AfD wirklich ist*. Berlin Verlag.
- Crouch, Colin (2008, 2004): *Postdemokratie*. Frankfurt a.M.
- Dewey, John (1993, 1916): *Demokratie und Erziehung. Eine Einleitung in die philosophische Pädagogik*. Weinheim/Basel.
- Dietz, Georg (2024): *Demonstrationen gegen die AfD. Eine neue Revolution*. Zeitonline 14.02.2024
<https://www.zeit.de/kultur/2024-02/demonstrationen-gegen-afd-demokratie-zivilgesellschaft-effekte> (zuletzt aufgerufen am 12.07.2024)
- Habermas, Jürgen (1996): *Drei normative Modelle der Demokratie*, in: ders.: *Die Einbeziehung des Anderen*, Frankfurt am Main, S. 277-292.
- Mouffe, Chantal (2010): *Über das Politische: Wider die kosmopolitische Illusion*, Bonn.
- Jaeggi, Rahel (2009): *Was ist eine (gute) Institution*, in: *Sozialphilosophie und Kritik*, (Hrsg. von Rainer Forst, Martin Hartmann, Rahel Jaeggi, Martin Saar), Frankfurt a.M., S. 528-544.

- Küpper, Beate/Zick, Andreas (2024): Demokratiedistanz der Mitte, in: Demokratie in Gefahr? In: Aus Politik und Zeitgeschichte, Zeitschrift der Bundeszentrale für politische Bildung, 74. Jahrgang, 27/2024, 29. Juni 2024, S. 32 - 40.
<https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/demokratie-in-gefahr-2024/549908/demokratiedistanz-der-mitte/>
- Negt, Oskar (2010): Der politische Mensch. Demokratie als Lebensform. Göttingen.
- Schumpeter, Joseph A. (1950): Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie, Tübingen.
- Springfeld, Jakob (2024): Die Proteste gegen die AfD sind für viele im Osten ein Hoffnungsschimmer, in: Der Freitag, digital 04/2024.
<https://www.freitag.de/autoren/der-freitag/proteste-gegen-rechts-sind-fuer-viele-im-osten-ein-hoffnungsschimmer>. Zuletzt aufgerufen 12.07.2024